

»Die religionsfreien Diktaturen sind einfach verlässlicher«

Zu den Provinz- und Kommunalwahlen

von Eberhard Knappe und Susanne Wunsch

Vietnams Premierminister Phan Van Khai antwortete auf die Frage nach den Vorteilen seines Landes im Wettbewerb um Investoren: »Unsere größte Stärke liegt darin, dass wir politische und soziale Sicherheit garantieren können, weil das Land von einer starken Partei geführt wird. Das gibt es in der Region nicht oft. Dies hat sich in Kombination mit Marktwirtschaft, wie man in China sieht, als Vorteil in der Globalisierung erwiesen.«¹ Vielleicht nicht ganz so unverblümt geantwortet wie ein Manager von Nike², in einem Interview der Wirtschaftswoche, aber von der Einschätzung identisch.

Nicht ganz unerwartet wurde die KP Wahlsieger

Im Mai 2002 fanden die Wahlen zur vietnamesischen Nationalversammlung, dem Ein-Kammer-Parlament des Landes, statt. Nicht ganz unerwartet wurde die Kommunistische Partei Vietnams Sieger der Wahl, traten neben ihr doch keine anderen Parteien zur Wahl an. Herr Nguyen Vu Binh, der vor den Wahlen 2002 einen Antrag auf Neugründung einer Partei gestellt hatte, wird noch einige Jahre in Haft verbringen müssen. Die 498 Mitglieder der Nationalversammlung sind für fünf Jahre gewählt (siehe *südostasien* 3/2002)

Am 25. April 2004 wählten mehr als 51 Millionen VietnamesInnen ihre Vertreterinnen und Vertreter auf den drei Ebenen der Provinzverwaltung. Insgesamt sind 311.930 Positionen in den 87.239 Kommunen, Kreisen und 64 Provinzen zu besetzen. Die Wahllisten werden von der *Vaterländischen Front Vietnams* (VFV) aufgestellt. Die VFV ist die in der Verfassung verankerte Dachorganisation der Massenorganisationen. Ihr gehören Gewerkschaften, Bauernverband, Frauenunion und Jugendverband und andere Volksorganisationen an. Natürlich sind die Kader der KP in den Massenorganisationen aktiv und dominieren auch die Vater-

ländische Front Vietnams. Deren Vorsitzender ist in der Regel auch Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Vietnams. Die KandidatInnen für die Provinzparlamente und -verwaltungen durchlaufen in ihren Wahlgebieten ein System von öffentlichen Vorwahlen, bei denen sie 50 Prozent Zustimmung erhalten müssen, um nominiert zu werden.

Um die Kandidatenkür noch etwas genauer darzustellen, sei die Aufstellung und Zusammensetzung der KandidatInnenlisten für die Provinz-Volksräte und Volkskomitees dargestellt. »Die Volksräte sind das von der Bevölkerung der Region gewählte staatliche Machtorgan auf regionaler Ebene...«³ Die Volksräte wählen aus ihren Reihen das jeweilige Volkskomitee. Dabei sind sie von dem in der allgemeinen Wahl abgegebenen Stimmenanteil völlig unabhängig. »Das Volkskomitee ist ausführendes Organ der Volksräte und staatliches Verwaltungsorgan auf regionaler Ebene.«⁴

Für die Wahlen auf Ebene der 60 Provinzen und vier regierungsummittelbaren Städten legte die *Vaterländische Front Vietnams* (VFV) Listen mit 6.025 KandidatInnen vor. Aufgestellt wurden von speziellen Bereichen der Partei 858 KandidatInnen (14,25 Prozent). Aus der Administration, also aus den bestehenden Volksräten und Volkskomitees, den Verwaltungen und den Sicherheitsorganen wurden 31,65 Prozent der

Wahlbewerber nominiert. Diese werden mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls Mitglieder der Partei sein. Die Kader der VFV selbst, stellten 2,13 Prozent. Die Mitgliedsorganisationen der VFV wurden mit 16,49 Prozent quotiert. 330 Männer und Frauen waren KandidatInnen »des privatwirtschaftlichen Sektors« und 3,55 Prozent waren KandidatInnen von religiösen Gruppen. Frauen machten einen Anteil von 32,4 Prozent aus, der bisher höchste Anteil von Frauen unter den Kandidaten. 1.246 der Aufgestellten waren unter 35 Jahren.

Viele jugendliche KandidatInnen sind noch Mitglieder im Jugendverband der Partei oder einer Massenorganisation. Die Kandidatur für ein öffentliches Wahlamt stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg in die Partei dar. Deshalb ist es aber auch nicht verwunderlich, wenn 24,37 Prozent der KandidatInnen nicht der Kommunistischen Partei angehörten. Das änderte sich bisher oft während der Amtszeit. 20,6 Prozent gehören den ethnischen Minderheiten an. In 22 Provinzen und Städten stellten sich insgesamt 74 Personen selbst zu den Wahlen auf, indem sie bei der VFV ihre Unterlagen einreichten.⁵

Die Autorin ist Dipl.-Politologin und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Vietnam und den Themen Frauen und Gesundheit. Der Autor ist Politologe und freier Journalist zu Südostasien.

Dann durchliefen sie wie alle anderen Wahlbewerber die öffentlichen Befragungen und Vorwahlen und wurden einer internen Überprüfungen der Kaderakten unterzogen. Ähnlich verläuft die Nominierung in Distrikten und Städten und auf der Ebene der Kommunen und Stadtbezirke.

Hohe Wahlbeteiligung ist keine Überraschung

Landesweit wurden vor dem Wahltermin etwa 1.900 Personen aussortiert. Dabei fliegen dann schon mal gefälschte Universitätsdiplome auf, Sünden der Vergangenheit werden öffentlich diskutiert oder besonders korrupte Kader können sich nicht gegen die Stimmung in ihren Wahlkreisen halten. 1.604 Kandidatinnen erhielten nicht das Vertrauensvotum von 50 Prozent und wurden deshalb nicht in die Wahllisten mit aufgenommen. 484.289 Kandidatinnen standen dann für die 311.930 Positionen zur Wahl. Nach offiziellen Berichten verliefen die Wahlen in einer ruhigen und friedlichen Atmosphäre. 98,7 Prozent der registrierten Wählerinnen haben in ihren Wahlbezirken gewählt. Die hohe Wahlbeteiligung ergibt sich aus der Wahlpflicht für alle vietnamesischen Bürgerinnen und Bürger über 18 Jahren. Auch die 207 Menschen in Vung Tau, deren 55 Häuser in der Nacht zum Wahltag abbrannten, wurden mit Lebensmitteln, Wasser und neuen Wahlkarten versorgt und konnten noch vor Mittag ihre Stimmen abgeben.⁶

Die ersten konstituierenden Sitzungen in Hanoi, Ho Chi Minh Stadt, Ba Ria — Vung Tau und Khanh Hoa haben Mitte Mai stattgefunden. Darin wurden die Vorsitzenden der Volksräte und Volkskomitees gewählt und die Aufgabenverteilung vorgenommen. In Hanoi wurde Phung Huu Phu Vorsitzender des Volksrats und Nguyen Quoc Trieu Vorsitzender des Volkskomitees. In HCM Stadt wurde Frau Pham Phuong Thao zur Vorsitzenden des Volksrats und Le Thanh Hai wurde Vorsitzender des Volkskomitees. Das sind alles keine Sensationen und die Namen einiger der neuen oder wiedergewähl-

ten Vorsitzenden werden in den nächsten fünf Jahren in unserer Berichterstattung wieder auftauchen.

Stephen B. Young schrieb 1989 in den Vietnam Commentary einen Artikel »Vietnamese Communism in the 1990s The End is in Sight«⁷. Zwar hat ihn seine Hoffnung getrogen, die »now ignored Vietnamese nationalist leaders« sind nicht als gefeierte Helden nach Vietnam zurückgekehrt, einige der von ihm

Die Möglichkeiten Geld zu verdienen und es für Konsum- oder Investitionsgüter auszugeben haben in Vietnam rasant zugenommen. Parteikader werden korrumpiert oder Nichtmitglieder der Partei nehmen aus eigenem Interesse und auf eigene Kosten am aktiven politischen Leben teil. Die Herrschaft der Partei ist nicht mehr unumschränkt. Auch wenn ein Prozent Selbstnominierter noch keine Herausforderung darstellen, hat sich das Klima in der Nationalversammlung und in den Volksräten verändert. Neben der Gesetzgebung rückt die Kontrollfunktion im Auftrag der Wählerinnen stärker in den Focus. Hinterfragen der Beschlüsse der Partei, Befragungen von Ministern im Parlament, das ist in der Sozialistischen Republik Vietnam noch neu und eine Gratwanderung. Aber die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Elementen ist eine Tatsache.



Quellen

- 1) Premier Phan Van Khai in *Die Wirtschaftswoche* 33, Düsseldorf 5.8. 2004, S.25, 26.
- 2) ebd.
- 3) *Verfassung der Sozialistischen Republik Vietnam von 1992, Artikel 119. Und 124*
- 4) ebd.
- 5) *VNS 27.4.2004.*
- 6) *Befreites Saigon vom 21.5.2004.*
- 7) Stephen B Young, *Vietnamese Communism in the 1990s, in Vietnam Commentary, Information & Resource Center and Hanns-Seidel-Foundation, Nov-Dec 1989, S.9.*

dargestellten Schwachpunkte des Systems sind in den letzten 15 Jahren aber nicht kleiner geworden.

Die durch die geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre erzwungene Öffnung nach Außen, hat das Informationsmonopol der Partei beseitigt. Über die elektronischen Medien können Informationen ausgetauscht und verbreitet werden. Eine kritische Öffentlichkeit entsteht.